

**Antrag** der Fraktion der CDU**Flächenausweisung und Pilotprojekt für Solaranlagen am Boden**

Unter den politischen Akteuren im Lande Bremen besteht Konsens, dass Politik und Verwaltung verstärkte Anstrengungen unternehmen sollen, damit Voraussetzungen geschaffen werden, die die Energieerzeuger in die Lage versetzen, den Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Energieerzeugung im Lande Bremen zu erhöhen. Windkraft ist bereits ein wichtiger Bestandteil der regenerativen Energieerzeugung im Land Bremen. Doch auch im Bereich der Solarenergie sind immer größere Fortschritte im technischen Bereich zu erkennen. Diese gilt es auch in Bremen und Bremerhaven verstärkt zu nutzen, um das selbst gewählte Ziel, zum Kompetenzzentrum für regenerative Energien zu werden, in die Realität umzusetzen.

Neben Solaranlagen auf Dächern sollten auch in Bremen stärkere Anreize für Solaranlagen in der Fläche geschaffen werden. Als Instrument bietet sich eine strukturierte Flächenausweisung für entsprechende Anlagen im Flächennutzungsplan an, so wie es in der Vergangenheit bereits erfolgreich bei Windkraftanlagen praktiziert wurde. Dabei kann es sich durchaus auch um brachliegende Industrieflächen handeln. Im Hinblick auf die Aktivierung von möglichen Nachahmern bzw. potentieller Investoren, die sich ein verstärktes Engagement im Bereich der Solarenergie in Bremen vorstellen können, könnte die Initiierung einer Pilotanlage durch den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa mit einem erfahrenen Solarenergie-Unternehmen eine sinnvolle Maßnahme sein.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Im Flächennutzungsplan sind durch den Senat Standorte auszuweisen, auf denen sich großflächige Solaranlagen ansiedeln können.
2. Ein entsprechendes Pilotprojekt ist durch den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa zu entwickeln. Für dessen Umsetzung ist ein Investor zu akquirieren, der bis Ende 2008 eine großflächige Solaranlage im Land Bremen baut und betreibt.
3. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird ersucht, der Bürgerschaft (Landtag) über die diesbezüglich durchgeführten Maßnahmen zu berichten.

Frank Imhoff,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU